

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Mit Beilagengebühren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der SPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: im Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,80 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-LL / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690  
Anzeigenpreis: Die normal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklamazeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM.  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-LL, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 5. April 1930 Nummer 81

## Brüning führt Müllers Massensteuern durch

500 Millionen Mark Massensteuern — Dreiviertel Milliarde Mark Steuereinkünfte an die Besitzenden  
Die Sozialdemokratie unterstützt diesen Raubzug!

Berlin, den 5. April 1930.

Die gestern stattgefundenen erste Sitzung des Steueraususses des Reichstages nach der Bildung der neuen Bürgerblockregierung war von weittragender politischer Bedeutung. Der Reichsfinanzminister Brüning teilte sein Programm mit, das bis auf den letzten Punkt von der Hermann-Müller-Regierung übernommen wurde. Der Finanzminister bestätigte auf eine Frage des sozialdemokratischen Finanzkommissionärs Reil ausdrücklich, daß die neue Regierung alle Steuerentwürfe der Hermann-Müller-Regierung, bis auf das Kompromiß in der Arbeitslosenversicherung, unverändert einbringen werde. Dieses Steuerprogramm der Hermann-Müller-Regierung, das nunmehr von der Regierung Brüning durchgeführt wird, umfaßt eine Reihe schwerwiegender Neubelastungen der Massen.

Die Biersteuererhöhung um 75 Prozent wird das erste Jahr 240 Millionen Mark mehr einbringen, später 300 Millionen Mark. Der erhöhte Zins- und Zugsatz 65 Millionen Mark, die Benzinsteuern 16 Millionen Mark, die Mineralwassersteuer 40 Millionen Mark und durch Verkürzung der Fälligkeitstermine die Tabak- und Zuckersteuer 10 Millionen Mark. Der bereits von der Hermann-Müller-Regierung ohne Parlamentsbeschluß beschlossene Kaffee- und Teezoll belastet die werktätigen Massen mit weiteren 55 Millionen Mark.

Selbst nach den Angaben Wolbenhauser, der das Haushaltsdefizit auf 315 Millionen Mark bezifferte, beträgt die Mehrbelastung für die Massen durch die neuen Steuern 496 Millionen Mark, also rund eine halbe Milliarde. Davon entfallen auf das Reich 326 Millionen, auf die Länder 170 Millionen. Die 40 Millionen aus der Mineralwassersteuer sollen den Gemeinden zufließen.

Gegenüber dieser Massenbelastung der Werktätigen erfolgt gleichzeitig eine wesentliche Senkung der Einkommen. So teilte Wolbenhauser mit, daß er bereits mit dem Termin vom 1. April d. J. diktorisch, ohne den Reichstag zu befragen, die Rentenbankzinsen der Agrarier in Höhe von 86 Millionen Mark aufgehoben hat. Daß man auch weiterhin diktorisch vorgehen will, zeigte die Mitteilung des Finanzministers, daß ein Ermäßigungsgezet in Vorbereitung ist, wodurch die Regierung ermächtigt wird, die Kapitalertragsteuer zu einem möglichst frühen Termin aufzuheben. Es handelt sich hier um 200 Millionen Mark. Mit Hilfe desselben Ermäßigungsgezetes sollen die Kapitalertragsteuern gemindert werden. Hier handelt es sich um ein Gehalt von 100 Millionen Mark. Die gesamten Einkünfte an den Besitzern betragen also gegenwärtig 385 Millionen Mark, dem aber weitere bis zu 700 Millionen Mark folgen

werden, entsprechend dem bereits von der Hermann-Müller-Regierung festgelegten Finanzprogramm.

Es ist möglich, daß im Rahmen dieses Programms noch gewisse Änderungen vorgenommen werden, entsprechend der tatsächlichen Lage, in der sich die Regierung befindet, wobei sie sich abwechselnd auf die Deutschnationalen oder auf die Sozialdemokraten stützen mag. So wird davon gesprochen, daß die Biersteuer nur um 50 Prozent erhöht, dafür aber die Umsatzsteuer, gemäß dem Vorschlag des Sozialdemokraten Reil, erneut gesteigert werden soll. Findet die Regierung keine Mehrheit für diese Gesetze, so wird Brüning zweifellos mit Hilfe des Artikels 48 den Raubzug durchführen.

Die Anrede bemerkt, daß sowohl die Deutschnationalen als die Sozialdemokraten keine prinzipielle Opposition zu den Steuerentwürfen einnehmen. Der Sozialdemokrat Herz betonte sogar die „wohlwollende Haltung“ seiner Fraktion und die Notwendigkeit der Massenbesteuerung.

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Neubauer, der das Müller-Brüning'sche Finanzprogramm einer scharfen Kritik unterzog und die Rolle der Sozialdemokratie scharf zeichnete. Die kommunistische Fraktion wird durch eigene Anträge bei den jetzt bevorstehenden Steuerdebatten sowohl die Sozialdemokraten als auch das Zentrum vor eindeutigen Fragen stellen.

### Im Hintergrund der Artikel 48!

Die bürgerliche Presse berichtet, daß bis spätestens Mitte nächster Woche der Reichstag das Finanzprogramm der Regierung annehmen werde. Würde bis dahin keine Einigung unter den Parteien erfolgen, werde das Finanzprogramm im Verordnungswege mittels eines Ermächtigungsgesetzes, d. h. also mit diktorischen Vollmachten durchgeführt und der Reichstag ausgeschlossen. Allen Widerpenstigen drohen, denen es einfallen sollte, nach Oppositionsmärschen durchzuführen, schreibt die großindustrielle völkerverhetzliche „Sächsische Zeitung“ von gestern Abend:

„Es dürfte gut sein, daß der Reichstag und alle, die es angeht, sich schon jetzt ganz klar darüber werden, daß es Dr. Brüning mit seiner wiederholten Drohung, „alle verfassungsmäßigen Mittel einzusetzen“, voller Ernst ist. Das kann auch gar nicht anders sein, denn wenn dieses Kabinett, das als eine Regierung der Reformen ins Leben getreten ist, die notorischen Reformen der Parteien wirklich brechen will, dann darf sie vor keinem erlaubten Mittel zurückweichen. Nach der Erklärung des Kanzlers hängt die Anwendung des Artikels 48 K. V. von der Haltung des Reichstages ab, das heißt: „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.“

Welch ein Hohn auf die Weimarer Demokratie, welche Demagogik des sozialdemokratischen Betrugs, die „Republik mit totalem Inhalt“ gegenüber dem Proletariat erfüllen zu können!

### Der Weißgardist Kutepoff

ist in Konstantinopel / Der antibolschewistische Schwindler ist zusammengebrochen (Bericht Seite 2)



Şehrimizde bulunan Jeneral Kutepof

### Achtung! „Oppositions“nebel!

„Nicht was Sie reden, sondern was Sie tun, ist maßgebend. Man soll ihnen auf die Füße, nicht auf den Kopf treten. Das ist die alte Lehre.“

(SPD, Volkszeitung für die Oberlausitz in ihrem geflügelten Vorkriegs-„Dagblat“)

Dresden, 5. April.

In „Staat und Revolution“ bezieht sich Lenin einmal auf eine Rede Kautskys, die dieser im Jahre 1902 in der Frage der marxistischen Staatslehre gegen den offenen Opportunisten Bernstein führte. Kautsky schien in dieser Rede sehr radikal, indem er von der Notwendigkeit der Revolution und der Eroberung der Staatsgewalt redete. Dennoch war kein Radikalismus alles andere als eine marxistische Frontstellung, insofern er die Eroberung der Macht ohne Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie als möglich ansah und es unterließ, auf Grund der Erfahrungen der Pariser Kommune, den Arbeitern konkret zu sagen, wie in der proletarischen Revolution die bürgerliche Demokratie durch die proletarische Demokratie zu ersetzen ist. Kautskys radikal klingende „Banalitäten“ führte Lenin mit folgenden trefflichen Ausführungen ab:

„... Es ist klar, daß dies (Kautskys Rede von der Notwendigkeit der Revolution — d. Red.) „selbstverständlich“ ist, wie auch die Tatsache, daß Herde Haler streifen und die Wolga bis ins Kaspiische Meer fließt. Es ist nur schade, daß durch die Leere und geschwollene Phrasen vom „steigenden Kampf“ die für das revolutionäre Proletariat wesentliche Frage umgangen wird, worin denn die „Tiere“ seiner Revolution gegenüber dem Staat, gegenüber der Demokratie ... zum Ausdruck kommt.

Indem Kautsky diese Frage umgeht, macht er in diesem wesentlichen Punkt ein Zugeständnis an den Opportunismus, indem er ihm in Worten einen fürchterlichen Kampf anjagt durch Unterstreichnung der Bedeutung der „Idee der Revolution“ (was diese „Idee“ wohl wert sein mag, wenn man sich fürchtet, unter den Arbeitern die konkretsten Ideen der Revolution zu verbreiten?) ...“

Es ist angebracht, sich gerade jetzt seiner beißenden Kritik Lenins gegenüber allen radikal gemeintenden Phrasen zu erinnern, wo in der nationalsozialistischen und linkssozialdemokratischen Presse gegenwärtig die radikalsten Resonanzarten gegen den Bürgerblock wie üppigstes Unkraut blühen. Der Leninismus ist gerade deshalb das Auzug der proletarischen Revolution, weil er Theorie und Praxis, Wort und Tat zur unauflösbaren Einheit verbindet, das Proletariat nicht nur allgemein zum Klassenkampf

## Gegenstoß in den Betrieben!

Siegreicher Streik in Leipzig unter der Führung der revolutionären Opposition

Leipzig, den 3. April.

In der Eisengießerei Gebr. Hartwig in Leipzig-Wählig-Charenberg wurde jetzt ein roter Betriebsrat gewählt. Der Unternehmer maßregelte den roten Betriebsrat unter einem wichtigen Vorwand. Sofort nach Besannwerden trat die Belegschaft am Mittwoch den 2. April vormittags geschlossen in den Streik.

Der Leipziger DVB ließ durch den 2. Bevollmächtigten, einen „linken“ SPD-Mann, erklären, daß eine Ueberprüfung des Streiks für den DVB nicht in Frage komme, da es ein „linker Streik“ sei und es sich um einen roten Betriebsrat handle.

Aber das Bündnis der sozialdemokratischen Bürokratie mit der Verwaltung hatte keinen Erfolg. Unter dem Druck der unter oppositioneller Führung geschlossenen kämpfenden Belegschaft ist der gemäßigtere rote Betriebsrat mit vollen Rechten wieder eingekerkert worden. Der Streik endete mit einem vollen Sieg! (Siehe auch 2. Seite.)

### Kreaturen der Bürgerblock-Offensive

Bürokratie mit Buchdruckerstreik gegen Eugenbergs abmürren

Berlin, 3. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der Berliner Hauptverband des Buchdruckerverbandes hat in den Streik der Deutschen Tageszeitung zugunsten der Geschäftsleitung eingegriffen. Er verlangte von der Geschäftsleitung der Deutschen Tageszeitung die Leistung von Streikarbeit und von den Streikenden die bedingungslose Wiedereingliederung.

aufnahme der Arbeit, obwohl die Geschäftsleitung Mehregelungen vornimmt. Doch die Streikenden setzen den Kampf fort, und unter der Führung der Berliner Maschinenmacher ist die Stimmung für einen allgemeinen Streik im Wachsen.

### Berücksichtigung des Landarbeiterkreises

Auch hier hilft die SPD den Junkern

Danzig, 3. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der Streik der Landarbeiter im Kreisland Danzig wird in aller Schärfe fortgesetzt. Regierung und Sozialfaschisten greifen zu den niederträchtigsten Mitteln, um diesen durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition geführten Streik abzumürren. Die sozialdemokratische Presse unterstützt offen eine Verfüngung des Danziger Koalitionsrats, in der es heißt:

„Aus Arbeitslosen und Stotrupps gebildet worden, die alles daransetzen, die Landarbeiter von der Arbeit fernzuhalten. Ein gefährliches Spiel, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß man diesen Arbeitslosen die Unterstützung entzieht. Sie können sich dann bei den Kommunisten dafür bedanken, wenn sie und ihre Familien ohne Erwerbslosenunterstützung ihr Leben fristen müssen.“

Die Propaganda haben an verschiedenen Stellen die Lechmische Katholiken eingebracht, weil man sich Streikenden Arbeit verschweigert wurde.